Nachrichten und Tageblatt

für Bad Warmbrunn und das Riesengebirge

Neue Folge der Warmbrunner Nachrichten

Erscheint täglich außer den Tagen nach Sonn- und Festtagen. — Beilagen: Sonntags: eine illustrierte. — Bezugspreis: frei Haus vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,20 M. Bei Abholung von der Geschäftsstelle vierteljährlich 2,50 M., monatlich 0,90 M. Durch die Post vierteljährlich 3,60 Mk., monatlich 1,20 Mk.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum hier 25 Pfg., auswärts 30 Pfg., Reklamezeile 80 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt. — Bei Ausbruch von Konkursen, bei gerichtlicher Einforderung der Beträge oder bei Nichteinhaltung der Zahlungsfrist erlischt der Rabatt und tritt der Grundzeilenpreis von 30 bezw. 80 Pfg. in Kraft

Verbreitetstes Publikations-Organ für Bad Warmbrunn und Umgegend

Schriftleitung, Druck und Verlag: Paul Fleischer, Warmbrunn, Buchdruckerei, Voigtsdorferstr. — Fernsprecher 115. — Telegramme: Nachrichten. — Postscheckkonto 6746 Breslau.

Nummer 10 | Dienstag, den 13. Januar 1920. | 38. Jahrgang.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Beginn der Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich beginnt zwei Tage nach der Ratifikation.

* Die deutsche Denkschrift über die angebliche Vergewaltigung Lilles beweist schlagend das Gegenteil der französischen Behauptung.

* Der deutsche Gesandte beim Vatikan v. Bergen ist vom Papst empfangen worden.

* Die Neuwahl des Kölner Erzbischofs findet am 15. Januar statt.

* General v. Eberhardt hat den Oberbefehl an der ostpreußischen Grenze an General Nehbel übergeben.

* Die Konferenz der preußischen Bischöfe in Fulda ist auf den 27. Januar verlegt worden.

* Der frühere Reichstagsabgeordnete Graf Westarp wird von den Deutschnationalen in dem künftigen südwestlichen Groß-Berliner Reichstagswahlkreis als Kandidat aufgestellt.

* Der Kassationshof in Paris hat die von Robert Röchling beantragte Revision gegen das Urteil in dem Prozeß gegen ihn und seinen Bruder angenommen.

* Auch Serbien verlangt eine Kriegsentschädigung von 18 Milliarden.

Wie können wir wirtschaftlich genesen?

Nach vier Jahren der Kriegszerstörung und nach einem fünften Jahre der inneren Umwälzung und der Unterlassungssünden in der Wiederaufrichtung der wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands ist der Tag gekommen, an dem der Frieden unterzeichnet wird. Es ist müßig, die Stimmung dieses Tages in Deutschland, das die ganze Schwere dieses Gewaltfriedens auszuhalten haben wird, zu vergleichen mit den Vorstellungen, die wir uns vor Jahren von dem Glücksgefühl des ersten Friedenstages gemacht haben. Aber in allen Nöten des Tages, inmitten unserer Kohlen- und Ernährungssorgen, inmitten der immer höher steigenden Flut der Steuervorlagen drängt sich die Frage auf, ob es denn für die deutsche Wirtschaft, die Lebensquelle des deutschen Volkes, überhaupt noch Möglichkeiten des Wiederaufbaus gibt.

Wenn man diese Frage erörtern will, so wird man sich vor allen Dingen den Grad der Zerstörung der alten Grundlagen und das Maß der wirtschaftlichen Umwälzungen, die sich vollzogen haben, vor Augen halten müssen. Man muß daran denken, daß durch die Verluste an Menschen und durch die allgemeine Erschöpfung der Arbeitskräfte nach dem Kriege, ebenso sehr wie durch jahrelange Einstellung unserer ganzen Wirtschaft auf die Erzeugung von Kriegsbedarf und durch die Abschnürung Deutschlands vom Weltmarkt die Grundlagen der früheren deutschen Wirtschaftskraft vollkommen erschüttert worden sind. Man muß weiter in Rechnung stellen, daß die neue Wirtschaft mit anderen Menschen, mit anderen politischen Bedingungen und vor allen Dingen auch mit einer anderen Einstellung Deutschlands gegenüber der Welt und mit der Belastung des Friedens von Versailles aufgebaut werden muß. Wer sich die Umwälzung, die sich somit in den letzten fünf Jahren vollzogen hat, klar vor Augen hält, wird vor dem Fehler bewahrt bleiben, anzunehmen, daß wir jemals dadurch wieder in die Höhe kommen können, daß wir einfach zu den Verhältnissen und Ideen der Zeit vor dem 1. August 1914 wieder zurückkehren können. Die Not, unter der wir durch den verlorenen Krieg und seine Folgen zu leiden haben, lastet viel zu schwer auf der Gesamtheit des deutschen Volkes, als daß es möglich wäre, unter dieser Last Lebensmöglichkeiten zu schaffen, wenn ein jeder für sich planlos ausschließlich von seinen besonderen Interessen geleitet, darauf loswirtschaften würde. Die Erkenntnis, daß das Wirtschaften eine Gemeinschaftssache ist, steht am Anfang aller Arbeiten, die dem deutschen Volke wieder die wirtschaftlichen Grundlagen für sein kulturelles Leben schaffen sollen.

Was im letzten Jahre auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Neuordnung durch Gesetzgebung und Verwaltung angebahnt worden ist, noch mehr das, was versäumt und unterlassen worden ist, hat seine entscheidende Prägung dadurch erhalten, daß die wichtigsten Maßnahmen nicht von den Trägern der Wirtschaft selbst bestimmt worden sind, sondern daß alle Wirtschaftsfragen in die Arena der Parteipolitik hineingezerrt worden sind. Nicht der Landwirt als Landwirt, nicht der Gewerbetreibende um seines Berufes willen und nicht der Kaufmann um seiner besonderen Fähigkeiten willen, haben einen entscheidenden Einfluß ausgeübt auf die Maßnahmen unserer Wirtschaftspolitik und der mit ihr aufs engste verquickten Steuerpolitik. Vielmehr sind diese Fragen allzu oft entschieden worden durch Rücksichten, die mehr oder minder sachunkundige Parteipolitiker auf ihre Parteiprogramme und die agitatorische Ausnutzung gegenüber ihrer Wählerschaft genommen haben. Es soll dabei gar nicht behauptet werden, daß es den Männern in der Regierung und den Parlamenten, die die Verantwortung trugen, an gutem Willen zur Förderung der Wirtschaft gefehlt hat. Sicherlich aber hat es ihnen gefehlt an Sachkunde und an Geschlossenheit und Einheitlichkeit ihres Planes zum wirtschaftlichen Wiederaufbau. Dieser Mangel an Klarheit, dieses Kompromisseln zwischen den Parteien, in der politischen Arena hat zur Zerfahrenheit der Wirtschaftsmaßnahmen geführt. Es hat die Arbeit am Neubau, anstatt sie zusammenzufassen, in weitem Umfange zersplittert und gelähmt.

Aus diesen Erfahrungen kann nur eine Folgerung gezogen werden: Für den Aufbau der Wirtschaft und für die Ordnung des planmäßigen Ineinandergreifens der einzelnen Zweige der Wirtschaft müssen die Männer der Wirtschaft, die Landwirte und Gewerbetreibenden, die Kaufleute und Industriellen, die Arbeiter, Angestellten und Unternehmer, kurz alle, durch körperliche und geistige Arbeit am wirtschaftlichen Schaffen Beteiligten selbst zu verantwortlichen Trägern der Entschlüsse und ihrer Ausführungen zusammengefaßt werden. Aus den Organisationen der einzelnen Wirtschaftszweige und der einzelnen Landesteile, die ihre eigenen Angelegenheiten zu führen haben, heraus muß sich dann eine Körperschaft wirtschaftlicher Führer herausschälen, die für die höchsten Entscheidungen in der deutschen Wirtschaftsführung ausschlaggebend werden muß. Diese Körperschaft der Wirtschafter, Kammer der Arbeit, Wirtschaftsparlament, oder wie immer man sie nennen mag, wird gleichberechtigt neben das politische Parlament treten müssen, um die großen Probleme der neuen Wirtschaft nur unter dem Gesichtspunkt der höchsten Steigerung der Produktivität der deutschen Arbeit zu behandeln und um sie herauszuheben aus dem parteipolitischen Zank der allzu oft unsachverständigen Parlamentarier.

Die Notwendigkeit eines Aufbaus der wirtschaftlichen Selbstverwaltung im neuen Reich ist in der Reichsverfassung von Weimar nur angedeutet worden, aber nicht den Bedürfnissen der neuen Zeit entsprechend verwirklicht worden. Inzwischen hat die Erkenntnis davon, daß die schaffenden Kräfte in der Wirtschaft selbst die Entscheidung über die Formen des Wiederaufbaus im Interesse der deutschen Gesamtwirtschaft fällen müssen, in weiten Kreisen an Boden gewonnen. Das sachlich Notwendige wird erkannt ohne Unterschied der politischen Parteirichtung, es wird erkannt von den besten Köpfen der Arbeiterschaft und der Arbeitgeber, der Landwirte und der Industriellen. In nächster Zeit wird, von der Reichsregierung zusammenberufen, der sogenannte vorbereitende Reichswirtschaftsrat zusammentreten. Dieser Reichswirtschaftsrat soll die in der Verfassung vorgesehene Einrichtung eines dauernden Reichswirtschaftsrates, der als Gutachter-Körperschaft neben dem politischen Parlament stehen soll, verwirklichen helfen. An die Männer, die in diesem Ausschuß berufen sein werden, die deutsche Wirtschaft zu vertreten, muß die Forderung gestellt werden, daß sie von Anfang an mit allem Nachdruck dafür Sorge tragen, daß nicht in dem Reichswirtschaftsrat eine dekorative Spitze ohne tragfähigen Unterbau in der Wirtschaft selbst geschaffen wird. Es kann uns nichts nutzen, wenn noch ein Rat oder ein Parlament geschaffen wird, wo über die Führung der Wirtschaft geschwatzt wird. Es kommt vielmehr darauf an, einen ineinandergreifenden Bau von Wirtschaftskörpern zu schaffen, die das Recht und die Fähigkeit haben, im Rahmen eines Gesamtplanes unter Ausnützung der freien Kräfte aller Schaffenden zum Wohle der Gesamtheit zu handeln, nicht nur über Wirtschaft zu reden, sondern die Wirtschaft praktisch zu führen.

Die neue Zusammenfassung aller Arbeitenden zum Ausbau der wirtschaftlichen Selbstverwaltung ist eine wichtige Voraussetzung dafür, daß in der deutschen Wirtschaft auf allen Gebieten die Neuordnung vollzogen wird, die notwendig ist, um die Produktion auf den höchst möglichen Stand zu bringen und jede Verschwendung von Kräften und Werten auf das Mindestmaß zu beschränken. Diese Ziele aber müssen erreicht werden, um die deutsche Wirtschaft in Zukunft trotz der auf ihr drückenden Last lebensfähig zu machen. Es ist zu bedauern, daß der Rahmen, der notwendig ist, um die deutsche Wirtschaft im neuen Geiste aufzubauen, noch nicht geschaffen ist, aber für das Notwendige gibt es kein „Zu spät". In welcher Weise der Aufbau sich zweckmäßig in den einzelnen Wirtschaftszweigen wird gestalten lassen, muß besonderer Darstellung vorbehalten bleiben. An der Spitze muß aber der Gedanke stehen, daß alle wirtschaftlich Arbeitenden mit herangezogen werden müssen, zur Aufrichtung der gemeinwirtschaftlichen Selbstverwaltung.

Friedrich Lux.

Lille — vergewaltigt?

Das amtliche deutsche Aktenmaterial.

Die von der Reichsregierung bereits länger angekündigte Herausgabe des amtlichen Materials über die angebliche Vergewaltigung Lilles durch die Besatzungstruppen ist nun erfolgt. Beim Lesen des sehr umfangreichen Materials fällt besonders auf, daß in Wirklichkeit die Einwohner von Lille gar nicht so sehr unter der Hunnen-Herrschaft gelitten haben, wenigstens nicht mehr, als es eben das „eiserne Muß" des Krieges mit sich brachte. Die Denkschrift bringt denn auch zahlreiche Dankschreiben und Anerkennungen, die das tatsächlich erhärten. In schroffem Gegensatz dazu stehen die Aussagen derselben Franzosen, die sie heute machen. An ihrer Spitze marschiert

der Bischof von Lille.

Erst trieft er förmlich über vor Dank und Ehrerbietung, erst spricht er den Deutschen in überschwänglichen Worten seinen Dank für ihren stets geübten Edelmut aus, um dann, nach ihrem Abzug, sich in das Gegenteil zu verkehren. So bezeichnet er 1919 die deutsche Herrschaft als „eine Regierung der Räuberei, der Hungersnot, der unaufhörlichen Bedrückungen und der fortgesetzt schamlos organisierten Verbrechen". Während der Besetzung schickte der Bischof auch dem ersten Adjutanten der Kommandantur seine Photographie als „Ausdruck seiner Hochachtung". Nun pflegt man aber doch „Räubern und Verbrechern" nicht gerade sein Bild zu schenken!

Ein einziges Todesurteil.

Nach französischen Mitteilungen müssen die Kriegsgerichte der Deutschen in Lille übel gehaust haben, und Tausende müssen auf dem Hofe der Zitadelle unter den Geschossen der Hunnen und Henker ihr Leben ausgehaucht haben! Was enthüllt dagegen die deutsche Denkschrift? Ein einzigstes Todesurteil ist während der vierjährigen deutschen Herrschaft ausgesprochen und ausgeführt worden! Gewiß ein Beweis, mit welcher Milde in Lille regiert wurde! Ein Weinhändler Jaquet hatte in Gemeinschaft mit drei anderen Lillern einen englischen Flieger geborgen und ihm zur Flucht geholfen, so daß er wieder zur feindlichen Armee gelangen konnte. Außerdem haben Jaquet und Genossen über 200 französische Soldaten, die sich in Lille versteckt hielten, Hilfe und Unterstützung gewährt. Einem Teil der Soldaten haben sie zur Flucht verholfen und waren somit als Spione anzusehen. Ein andermal wurde ein Schuhmacher Jacoby zum Tode verurteilt, weil er die Arbeiter, die für die deutsche Behörde arbeiten wollten, mit einer Waffe bedroht und versucht hatte, sie in der Fortführung der Arbeiten zu hindern. Die Todesstrafe wurde im Begnadigungswege in eine fünfjährige Zuchthausstrafe umgewandelt.

Die Denkschrift beantwortet denn auch die Frage: „Lille vergewaltigt?" in einer für die deutschen Truppen in jeder Beziehung günstigen Weise. Auf den französischen Charakter wird das alles trotzdem keinen Eindruck machen und Clemenceau wird sagen: „Tut nichts, die Deutschen werden trotzdem gehenkt!"

Deutsche Friedensangebote 1917?

Clemenceau soll mit der Sprache herausrücken.

Emile Bure (ein Briand nahestehender Publizist) fragt im „Eclair" im Anschluß an die Enthüllungen über die Verhandlungen des Prinzen Sixtus von Bourbon-Parma im Jahre 1917, ob im Jahre 1917 der Friede möglich gewesen wäre? Es sei sicher, daß im Augenblick, in dem der Prinz im Namen Kaiser Karls verhandelt habe, der belgische Ministerpräsident de Broqueville und Briand von Deutschland Friedensangebote erhalten hätten, die er (Bure) noch heute für vorteilhaft ansehe. Elsaß-Lothringen wäre Frankreich zurückgegeben worden, und die Kriegsschäden hätte man repariert. Man hätte nur auf Verlangen Briands auf die Vorteile verzichten müssen, die Frankreichs Alliierte ihm am Rhein zugesichert hätten. Man müsse sich erinnern, daß 1917 Deutschland auf den Schlachtfeldern siegreich gewesen wäre und daß die Entente nichts von seiner schlechten Lage gewußt hätte; das zeige hinlänglich der eindringliche Brief, den Clemenceau, Lloyd George und Orlando an die amerikanische Regierung gerichtet hätten, um sie zu bitten, die Absendung der Truppen zu beschleunigen. Ribot habe bis jetzt seine Politik gut verteidigt, aber er müsse nunmehr sagen, warum er die Unterhandlungen, die mit ihm durch Vermittlung des Prinzen Sixtus angeknüpft worden seien, abgebrochen habe und warum er schließlich seine Zuflucht zum Grafen Armand genommen, um sie unter viel weniger günstigen Bedingungen wieder aufzunehmen. Es würden bald Dokumente veröffentlicht, die alle Staatsmänner, die während des Krieges Frankreich regiert hätten, einschließlich Clemenceau, zwingen würden, sich auszusprechen.

Schlußdienst.

Drahtnachrichten vom 10. Januar.

Der Reichswirtschaftsrat.

Berlin. In der Reichsratssitzung machte Minister Koch vor Eintritt in die Tagesordnung darauf aufmerksam, daß es dringend wünschenswert sei, den Entwurf über den Reichswirtschaftsrat, der dem Reichsrat bereits vorliege, möglichst früh zu verabschieden; die Arbeitgeber drängten darauf, damit endlich für die Wirtschaftsfragen eine geeignete Körperschaft vorhanden sei. Darum bitte er, daß der Entwurf über den Reichswirtschaftsrat bereits am 15. Januar auf die Tagesordnung des Reichsrats gesetzt werde. Zunächst ständen allerdings noch preußische Anträge aus. Er würde aber vorschlagen, daß der Reichskanzler ersucht wird, deswegen mit Preußen in Verbindung zu treten. Der Wunsch des Ministers Koch fand im Reichsrat allseitige Unterstützung.

Wann wird nun ratifiziert?

Berlin. Über den Zeitpunkt des Austausches der Ratifikationen besteht im Gegensatz zu anderen Mitteilungen noch keine Sicherheit. Nach einer Genfer Meldung sollen neue Differenzen aufgetaucht seien, so daß sich der 10. Januar als Austauschtermin nicht festhalten ließe. Im hiesigen Auswärtigen Amt wird mit Entschiedenheit betont, daß die deutsche Regierung an etwaigen neuen Meinungsverschiedenheiten keine Schuld trage.

Die Gefahren der Eisenbahnerbewegung.

Berlin. Die Eisenbahnerbewegung, die im Westen zu einigen wilden Arbeitsniederlegungen geführt hat, wird hier durchaus ruhig angesehen, solange sie ihren rein wirtschaftlichen Charakter beibehält. Weitere Ausdehnung des Streiks würde aber Besorgnis hervorrufen, da dadurch die Kohlen- und Rohstoffversorgung gefährdet und Vermehrung der Arbeitslosigkeit eintreten würde.

Lersner wird nicht Botschafter in Paris.

Berlin. Die Meldung, wonach Freiherr v. Lersner demnächst dem Präsidenten Poincaré sein Beglaubigungsschreiben als Geschäftsträger überreichen werde, ist völlig unbegründet.

Verkehrseinstellung in Bayern.

München. Wegen vollständiger Stockung der Kohlenzufuhr infolge Streiks und Hochwassers wird vom 13. Januar an der gesamte Personenverkehr in Bayern eingestellt. Schon am 10. Januar fallen einzelne Personenzüge aus. Der Güterverkehr wird auf das allernötigste beschränkt.

Reduzierung der Auslieferungsliste.

London. „Daily Mail" teilt mit, in diplomatischen Kreisen verlautet, daß die Liste der für schuldig befundenen Deutschen beträchtlich verkleinert worden sei. Von 1200 Namen, die zuerst auf der Liste gestanden hätten, blieben nur noch 300 stehen, darunter der deutsche Kronprinz und Prinz Rupprecht von Bayern.

Der amerikanisch-mexikanische Konflikt.

Basel. Aus Boston wird gemeldet, die Vereinigten Staaten hatten der mexikanischen Regierung eine befristete Note zugehen lassen, in der Genugtuung für die Ermordung amerikanischer Staatsbürger verlangt wurde. Die militärischen Vorbereitungen der Union an der Grenze Mexikos ließen auf ein Eingreifen in kurzer Zeit schließen.

Antrag auf Auslieferung Wilhelms II.

Brüssel. Die hiesigen Blätter melden, daß Sir Gordon Hewart, der sich augenblicklich in Paris befindet, beauftragt worden ist, das an die Niederlande zu richtende formelle Ersuchen um Auslieferung des vormaligen deutschen Kaisers fertig zu stellen.

Trauerfeier für den Fürsten Wedel.

Stockholm. Bei der Trauerfeier für den verstorbenen Fürsten Wedel in der deutschen Kirche erschienen der König und die Königin von Schweden, der Minister des Auswärtigen, der Reichsmarschall und viele hervorragende Persönlichkeiten der Stockholmer Gesellschaft und deutschen Kolonie.

Verschiedene Meldungen.

Paris. Reuter erklärt, daß die Armee Koltschak als militärischer Faktor nicht mehr existiere. Die Tschechen und andere Truppenteile, die sich längs der transsibirischen Bahn zurückgezogen, haben unterwegs verschiedene Zusammenstöße mit den Bolschewisten gehabt.

Mailand. In Triest sind die Eisenbahner in eine Lohnbewegung eingetreten.

Rückkehr der Kriegsgefangenen.

Zwei Tage nach Ratifikation.

Nach Mitteilung des französischen Oberkommandos in Mainz beginnt zwei Tage nach der Ratifikation des Friedens der Abtransport der Kriegsgefangenen aus Frankreich und zwar werden zunächst die im besetzten Gebiet beheimateten zurückgeführt werden. Die Gefangenen kommen in Sonderzügen in die Durchgangslager in Gießen, Düren, Jülich und Eschweiler bei Aachen und zwar in jedes Lager voraussichtlich täglich ein Zug mit etwa 1000 Mann. Die Gefangenen bleiben in diesen Lagern 48 Stunden zur Einkleidung und Ausstellung ihrer Papiere. Sie dürfen während dieser Zeit die Lager nicht verlassen. Es ist ihnen erlaubt aus dem Lager an ihre Angehörigen Postkarten mit Ankunftsbenachrichtigung abzusenden. Ein formeller Empfang in den Lagern und gemeinsame Kundgebungen sowohl seitens der Kriegsgefangenen wie seitens der Bevölkerung auf den Straßen oder den zu durchfahrenden Bahnstrecken, Ausschmückung der Bahnhöfe im besetzten Gebiet ist untersagt. Die Rückkehr der Kriegsgefangenen darf nur im Kreise der Angehörigen innerhalb des Hauses festlich begangen werden. Jeder politische Anstrich muß ausgeschlossen sein. Der Abtransport aus den genannten Lagern erfolgt nach Möglichkeit in besonderen Transportzügen oder in Zügen des öffentlichen Verkehrs. Im Anschluß an die Rheinländer folgen die übrigen deutschen Gefangenen. Diese fahren durch das besetzte Gebiet unmittelbar in die Durchgangslager des unbesetzten Gebietes, von wo sie entlassen werden.

Neueste Nachrichten.

Berlin. Der französische Minister Leucheur erklärte Freiherrn von Lersner auf dessen Anfrage, daß alle Vorbereitungen für die Heimschaffung der deutschen Kriegsgefangenen getroffen seien, und daß der Abtransport sofort beginnen werde. Der gesamte Heimtransport aller Gefangenen dürfte ohne Unterbrechung auf das schnellste durchgeführt werden.

Berlin. Der Reichspräsident und die Regierung haben „An die deutsche Bevölkerung der aus dem Reichsverband ausscheidenden Landesteile eine Kundgebung erlassen, in der es unter anderem heißt: Der unglückliche Ausgang des Krieges hat uns wehrlos der Willkür der Gegner preisgegeben und legt uns die schwersten Opfer auf. Das schwerste aber, das man uns aufzwingt, ist der Verzicht auf deutsche Gebietsteile im Osten, Westen und Norden. Unter Nichtachtung ihres Rechtes auf nationale Selbstbestimmung werden Hunderttausende deutscher Volksgenossen fremder Staatsgewalt unterstellt. Deutsche Brüder und Schwestern! Nicht nur in der Stunde des Abschieds, sondern immerdar wird die Trauer über diesen Verlust unsere Herzen erfüllen, und wir geloben euch im Namen des gesamten deutschen Volkes, daß wir euch nimmer vergessen werden. Auch ihr werdet das gemeinsame deutsche Mutterland nicht vergessen. Ueber alle Grenzpfähle hinaus bleibt das deutsche Volkstum ein einziges Ganze. Darum wollen wir uns trotz allen Schmerzes voll Hoffnung und Zuversicht in dieser Abschiedsstunde zurufen: Treue um Treue.

Paris. Gestern nachmittag um 4 Uhr zeichneten im Kabinett des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Ministerialdirektor von Simson und Freiherr von Lersner in Anwesenheit der Mitglieder des Obersten Rates das Protokoll über die Abwicklung der nach verbleibenden Verpflichtungen aus dem Waffenstillstand und über die Entschädigung für die vor Scapa Flow versenkten deutschen Kriegsschiffe. Nach vollzogener Unterzeichnung übergab Ministerpräsident Clemencau die schriftliche Bestätigung über die Herabsetzung der Schadenersatzforderung für Scapa Flow. Hierauf begaben sich die beiden deutschen Delegierten sowie Ministerpräsident Clemencau, Loyd George und Nitti und der japanische Botschafter Macmateui nach dem Uhrensaal. Hier waren die bevollmächtigten Vertreter der Mächte, die bis jetzt den Vertrag von Versailles ratifiziert hatten, versammelt, außerdem mehrere französische und englische Minister, sowie der italienische und der belgische Minister für Auswärtige Angelegenheiten. Clemenceau eröffnete die Sitzung und lud zur Unterzeichnung des ersten Protokolle über die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden ein. Zuerst unterzeichneten die beiden deutschen Delegierten und nach ihnen Loyd George, Clemenceau, Nitti, Macmateui, der belgische Minister Gymans, sowie nach alphabetischer Anordnung die Vertreter der kleineren alliierten Staaten. Nachdem Clemencau unterzeichnet hatte, erklärte er den deutschen Delegierten wörtlich: „Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß noch heute abend der Befehl zur Heimsendung der deutschen Gefangenen unterschrieben wird". Nach Unterzeichnung aller Bevollmächtigten ergriff Clemenceau das Wort, um zu erklären, daß nunmehr der Friedensvertrag in Kraft getreten sei und daß die sich aus ihm ergebenden Verpflichtungen erfüllt werden müßten. Hierauf schloß er die Sitzung. Die Zeremonie dauerte nur 8 Minuten. Der Friede ist um 4 Uhr 15 Minuten nachmittags in Kraft getreten.

Eisenbahner und Versicherungsbeamte.

Gerüchte über einen Generalstreik.

Die teilweisen Ausstände der Eisenbahnarbeiter in den preußischen Westprovinzen halten an und haben zu bedauerlichen Verkehrsstörungen geführt. Freitag früh traten die Eisenbahnarbeiter von Groß-Duisburg in den Ausstand. Notstandsarbeiten werden ausgeführt. Im Direktionsbezirke Elberfeld ist die Wirkung des Streiks dadurch verschärft worden, daß auch die Lebensmittelzüge eingeschränkt werden mußten. An zwei Bahnhöfen, in Haltern und in Dulmen, hat sich auch die Beamtenschaft dem Streik der Arbeiter angeschlossen. Die Aufrechterhaltung des Verkehrs zwischen Berlin und Westdeutschland ist in geringem Umfange nur dadurch möglich, daß die Schnellzüge Berlin—Köln durch Umleitung über das besetzte Gebiet geführt werden. Völlig unterbrochen ist die Verbindung mit Düsseldorf, wo der Eisenbahnverkehr völlig ruht, und mit dem Industriegebiet.

Regelung der Streikleitung.

Die Vorstände der drei Eisenbahnerverbände (Deutscher Eisenbahnerverband, Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Allgemeiner Eisenbahnerverband) haben beschlossen, Freitag früh die Streikleitung in die Hand zu nehmen. Bisher handelte es sich um einen wilden Streik. Offiziell ist der Streik noch nicht von den Vorständen obiger Verbände proklamiert worden. Wenn es sich bestätigt, daß die Eisenbahnarbeiter einen Stundenlohn von 3,50 Mark gewährt erhalten, werden die Gewerkschaftsvorstände die Mitglieder auffordern, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Nach amtlichen Nachrichten nehmen die Verhandlungen über den Lohntarif mit den Eisenbahnarbeiterorganisationen auch weiterhin einen guten Verlauf. In den letzten Tagen ist ein Einverständnis über die Bildung der Lohnortsgruppen in den Eisenbahndirektionsbezirken Köln, Saarbrücken, Elberfeld und Essen erzielt worden. Ferner hat eine Einigung darüber stattgefunden, daß der Unterschied im Stundenlohn zwischen den einzelnen Lohnortsgruppen 20 Pfg. betragen soll.

Der Ausstand bei den Versicherungen.

Die Berliner Streiklage ist unverändert. Es arbeiten nur noch wenige Mitglieder des Gewerkschaftsbundes. Vor allen Versicherungsanstalten stehen Streikposten, die Sicherheitsbeamten üben starke Zurückhaltung. Die gesamten Angestellten der Versicherungsgesellschaften in Hamburg haben beschlossen, in den Streik zu treten.

Generalstreik wegen der Betriebsräte.

Aus Halle und Leipzig kommen Meldungen, daß in der augenblicklich in Halle tagenden Reichskonferenz der Betriebsräte vorgeschlagen worden ist, der Reichsregierung den Entwurf zu einem Betriebsrätegesetz vorzulegen. Die Regierung soll sich bis zum 15. Januar entscheiden, ob sie diesen Entwurf annehmen will oder nicht. Es wird vorgeschlagen, vom 13. Januar ab in ganz Deutschland einen Generalstreik zu proklamieren, um bei der Regierung die Annahme des Entwurfs durchzusetzen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✚ **Verabschiedung des Konteradmirals Meurer.** Konteradmiral Meurer, der Chef der Marinestation in Kiel, hat sein Abschiedsgesuch eingereicht. Die amtliche Mitteilung über das Ausscheiden des Admirals aus dem Dienst lautet: „Admiral Meurer, der bisherige Chef der Marinestation der Ostsee, hat in seinem bekannten Neujahrsbefehl Ausführungen gemacht, die nur als ein Angriff auf die Politik und die Autorität der Reichsregierung angesehen werden konnten. Admiral Meurer hat daraufhin seinen Abschied eingereicht, der ihm auch bewilligt wurde."

✚ **Auseinandersetzung mit dem sächsischen Königshause.** Während für Preußen eine Vorlage über die Auseinandersetzung mit dem Königshause unmittelbar bevorsteht, sind die Vorarbeiten in Sachsen noch nicht soweit gediehen. Die umfangreichen verwickelten Beziehungen des wettinischen Königshauses zum Staate erfordern ein genaues Studium, um die beiderseitigen Interessen gerecht gegeneinander abzuwägen. Die Verhandlungen mit der juristischen Vertretung des ehemaligen Königs sind sehr langwierig; die sächsische Regierung erstrebt einen großzügigen Vergleich, da sonst des Verhandelns kein Ende wäre.

✚ **Vergewaltigung des Hultschiner Ländchens.** General Le Rond hat am 6. Januar die deutsche Note über das Hultschiner Gebiet vom 3. November dahin beantwortet, daß der Oberste Rat die Ablehnung der Bitte der Hultschiner Bevölkerung um Einbeziehung ihres Gebietes in die oberschlesische Abstimmungszone beschlossen habe. Dieser Ententebeschluß stellt eine glatte Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes dar, denn das Hultschiner Ländchen ist vollkommen deutsch.

✚ **Verhandlungen der Unabhängigen mit den französischen Sozialisten.** Der Verwaltungsausschuß der sozialistischen Partei Frankreichs hat, dem „Populair" zufolge, beschlossen, seinen Parteisekretär Frossard nach der Schweiz

---

Der Habermeister.

Ein Volksbild aus den bairischen Bergen.
Von Hermann Schmid.

58. Fortsetzung. (Nachdr. verb.)

„Die Sonn' geht ganz rot 'nunter", sagte er, „und der Bach rauscht ordentlich; die Kälte wachst tüchtig, man merkt's wohl, daß es auf Martini zugeht, ich werd' mich auch auf den Weg machen, sonst gefrier ich an, bis ich auf die Gruben hinunter komm' . . .

„Aber schau, da kommt noch einer um das Schulhaus herum . . . . wer muß denn der sein? Er muß ordentlich waten im Schnee, es ist halt noch nirgends eine Bahn geschaufelt . . . . mir scheint, er kommt aufs Wirtshaus zu und will mir gar noch Gesellschaft leisten, dann kostet's noch ein Maß'l! Es ist schon so," rief er lauter und klappte mit dem Krugdeckel, daß die Wirtin aus ihrem Halbschlummer auffuhr. „Einschenken, Frau Wirtin . . . . daß ist kein anderer, als der Vorsteher von Westerbrunn, der alte Finkenzeller . . . was mag der noch so spät in Osterbrunn suchen?"

Während der Alte sich erhob und neugierig der Tür zuwandte, war der Finkenzeller schon auf der Schwelle, stampfte sich den Schnee von den Schuhen und schaute verwundert in die Stube. „Ja, wie wär' mir denn das?" sagte er, indem er den Reif von Haar und Bart schüttelte. „Ich lauf' noch im Zwielicht den Weg von Westerbrunn herüber und denk' mir nit anders, als ich werd' die ganze Stuben noch voller Leut' finden, und derweil ist alles leer und der einzige Grubhofer hockt in der großmächtigen Stuben, wie ein dürrer Nußkern in seiner Schalen! Bin ich denn irrig? Ist denn heut' nit die Vorsteherwahl in Osterbrunn?"

Die Wirtin kam mit Bierkrügen die Stiege herauf, die gleich von innen in den Keller führte. „Was meinst' Finkenzeller?" sagte sie. „Glaubst, ich hab' mein Holz gestohlen, daß Du da mitten unter der offenen Tür stehen bleibst und Dein Disputat abhalt'st? Du lass'st mir ja so viel Kälten h'rein, daß ich gleich einen ganzen Wald in den Ofen nachschieben darf!"

„Ist ja kein Wunder, wenn man ganz versteinert stehen bleibt," sagte der Finkenzeller, indem er eintrat und die Tür mit spöttischer Behutsamkeit hinter sich schloß. „Das ist ja so gut wie ein Mirakel! Ich hätt' mir eingebild't, man müßt vor Völle Tür und Fenster aufreißen, damit ein frischer Luft in die Stuben kommt; statt dessen ist's da so licht, wie in ein Stadel um Jacobi! Brauchst Dich aber meinetwegen nit zu giften, Wirtin, wenn ich wiederkomm', nehm' ich einen Mantel voll Wärm' mit von daheim und bring' Dir's, dann gleicht es sich aus! Ich bin nur froh, daß doch ein Christenmensch da ist, der einem 'was erzählen kann . . . . Grubhofer, alter Rebeller, da setz' Dich her zu mir und hilf mir aus dem Traum. . . . Ist denn nit heut' die Vorsteherwahl?"

„Gewesen, alter Spezi!" erwiderte der Alte mit pfiffig vergnügtem Lächeln. „Ist alles schon in Ordnung, alles vorbei!" „In Ordnung? Aber wie, das ist die Hauptsach'! Es hat mir keine Ruh' gelassen daheim, ich hab's nit erwarten können, bis ich's morgen fruh durch die Botengret'l erfahren hätt', ich hab's heut' noch wissen müssen, denn Du weißt, was ich auf denselbigen halt', den ich mein', und wenn ich denk', was das die letzte Zeit her für ein Gezischel gewesen ist und für ein Gewisper, da ist mir oft völlig heiß 'worden im Kopf . . . . Also raus mit der Farb'! Wer ist Vorsteher von Osterbrunn? Muß ich schelten oder darf ich juchezen?" Du darfst, Finkenzeller, lachte der Alte, wenn Dir der Stimmstock noch nicht umgefallen ist . . . . kein anderer ist Vorsteher von Osterbrunn, als derselbige, den Du meinst!

„Juchhe!" rief der Finkenzeller, indem er auf den Tisch schlug, den Ton so frisch und kräftig hielt und zog, als wär' er ein lediger Bursch, der auf's Wildern ausgegangen und von der Bergschneide herunterjodelt zu den Sennhütten und der wartenden Almerin davor. „Da sollt Ihr schon gleich leben, Ihr Osterbrunner! Das ist ein gescheites Stück'l von Euch, daß Ihr Euch die Courage nit habt abkaufen lassen! Ich hab's alleweil g'sagt, der Aichbauern-Sixt ist ein ganzer und ein richtiger Bursch und an dem ganzen Gered' ist nit ein Sterbenswörtl wahr!"

Der Alte machte wieder ein pfiffiges Gesicht und hatte viel mit dem Schnauzbart zu schaffen. „Na, na," sagte er, „was die Courage anbetrifft, so wollen wir uns nit schöner machen, als wir sind. Es hat bei uns auch niemand recht an alles das Zeug 'glaubt, aber Du weißt ja, wie das mit so einer Sach' geht: wenn der Regen auch noch so fein fallt, wenn er halt nit nachlaßt, geht er zuletzt durch das dickste Laub; etwas bleibt halt doch allemal hängen, und wenn man sich noch so stark dagegen spreizt! Zudem hat der gestrenge Herr, der Amtmann, nit aus'lassen und hat immer wieder hineingestochen in das Wespennest, und ich möcht' nit gut stehen, was zuletzt doch noch geschehen wär', wenn der Sixt nit kommen wär' und jeden das Maul aufgemacht hätt'!"

„Aber wie denn? Erzähl' doch . . . ." drängte der Finkenzeller, indem sich beide wieder in den Erker setzten, durch dessen Fenster der Abend immer kälter und glanzloser hereindämmerte.

„Es ist geschwind geschehen gewesen," sagte der Grubhofer, „und wird auch geschwind erzählt sein! Die Männer von der Gemeind' waren alle da, bis auf den einzigen, auf den alles am meisten gespitzt hat, bis auf den Aicher-Sixt . . . . das ist aber dem gestrengen Herrn ganz recht gewesen und da hat er eine Ansprach' gehalten, was der Vorsteher für ein großes Tier sei in der Gemeind' und daß er ein Mann sein müßt', dem man nit so viel nachsagen könnt', wie das Schwarze unterm Nagel ausmacht, und hat uns den alten Binder rekommandiert und herausgestrichen, das wär' ein richtiger und christlicher Mann, noch einer bessern Vorsteher könnten wir gar nit kriegen. (Forts. folgt.)

zu schicken zur Verhandlung mit den deutschen Unabhängigen. Wie man dazu versichert, kommt es der französischen Parteileitung darauf an, eine wirkliche Internationale zu begründen, welche die revolutionären Elemente aller Länder umfaßt.

Frankreich.

× **Briefe deutscher Bundesfürsten.** Clemenceaus Organ „Homme libre" schreibt zur Veröffentlichung der Briefe des Kaisers Karl aus dem Jahre 1917, daß die französischen Geheimarchive nicht nur Briefe des Kaisers Karl, sondern auch solche des Königs von Bayern und des Herzogs von Braunschweig, besonders aber des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz enthielten, deren Veröffentlichung in absehbarer Zeit nicht ausgeschlossen scheine.

Großbritannien.

× **Heeres- und Verlustziffern.** Aus amtlichen Ziffern geht hervor, daß vom 1. August 1914 bis 11. November 1918 über 8 Millionen Mann in das englische Heer eingestellt wurden. Von den Verbündeten übertraf nur Frankreich diese Ziffer. Die Vereinigten Staaten stellten insgesamt etwa 2 Millionen Mann auf. Die Engländer hatten 851 117 Tote, 142 055 Vermißte und Gefangene und 2 077 442 Verwundete.

Serbien.

× **Das Verlangen nach Kriegsentschädigung.** Wie die Belgrader Blätter melden, verlautet in Regierungskreisen, daß Serbien dieselben Rechte auf Kriegsentschädigung wie Frankreich und Belgien zuerkannt worden seien. Serbien solle 5 % des gesamten Betrages der von Deutschland, Österreich, Bulgarien und der Türkei zu zahlenden Kriegsentschädigung erhalten. Man nimmt an, daß Serbien im Laufe von zwanzig Jahren 18 Milliarden Dinar erhalten werde.

Aus In- und Ausland.

Washington. Gegen den sogenannten Sowjetgesandten Maertens ist ein Befehl zur Deportierung erlassen worden.

Columbia. Der Kongreß der Vereinigten Bergarbeiter von Amerika [illegible] die Maßnahmen der Leitung, die die Beendigung de[illegible]streiks herbeiführen, genehmigt.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 11. und 12. Januar.

Sonnenaufgang	8^{10}	(8^{09})	Mondaufgang	11^{48}	(—)
Sonnenuntergang	4^{06}	(4^{07})	Monduntergang	10^{16}	(10^{36})

11. Januar. 1904 Ausbruch des Herero-Aufstandes. — 1918 Chirurg Ritter v. Angerer gest.

12. Januar. 1746 Pädagog Heinrich Pestalozzi geb. — — 1829 Schriftsteller Friedrich v. Schlegel gest.

□ **Die Notlage der deutschen Zeitungen.** Die deutschen Zeitungen, die in der Öffentlichkeit immer nur von der Notlage anderer Berufe und Gewerbe reden, dürfen wohl hier und da einmal auch auf die steigende eigene Not hinweisen. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß die deutsche Presse in ihrem Dasein unmittelbar bedroht ist, und die Lebensgefahr besteht sowohl für die Provinzpresse wie für eine große Anzahl hauptstädtischer Blätter. Schon während des Krieges hat sich die finanzielle Lage der Zeitungen wesentlich verschlechtert, einmal durch den namentlich in der Provinz vielfach sehr starken Rückgang der Anzeigen, dann durch die stetig steigenden Kosten für alle Betriebsstoffe und für die Löhne. Im Mittelpunkt der Schwierigkeiten steht die Papierfrage. Seit dem 1. Januar kostet das Druckpapier zehnmal mehr als in der Vorkriegszeit, und man hat berechnet, daß bei vielen Blättern allein schon die Papierkosten höher sind als die Einnahmen aus den Bezugsgebühren. Auf dem Anzeigenteil aber lastet seit dem 1. Januar im Rahmen des Umsatzsteuergesetzes eine zehnprozentige Steuer, deren Betrag nur zum Schaden für das Anzeigengeschäft selbst abwälzbar ist. Es kommt hinzu, daß die Quelle der Anzeigeneinnahmen bei der Mehrzahl der Zeitungen immer spärlicher fließt, da bei dem schwächer pulsierenden Wirtschaftsleben kaum ein Bedürfnis für einfache Kauf- und Verkaufsgesuche, geschweige denn für umfangreiche Reklameanzeigen besteht. Bleibt die Frage, wie die notleidenden Zeitungen ihre immer größer werdenden Aufwendungen für Schriftleitung, Nachrichtendienst, Honorare an Mitarbeiter, Satz, Druck, Versand und Postüberweisungsgebühren „auf ehrliche Weise" decken sollen!

Warmbrunn.

* **Der Katholische Jugendbund** veranstaltete am gestrigen Sonntag eine Theateraufführung. Als erstes Stück gelangte „Ein Weihnachtstraum", Kinderspiel in 1 Aufzug von Hubertus Kraft Graf Strachwitz, zur Aufführung, in welchem drei Kinder während des Träumens vom Weihnachtsmann reichlich beschenkt werden. Die Rollen lagen bis auf den prächtigen Weihnachtsmann in Kinderhänden, waren gut eingestudiert und wurden aufs glücklichste durchgeführt. (Die Namen der Mitwirkenden konnten wir trotz Erkundigungen nicht erfahren.) Der Erfolg war glänzend. Das zweite Stück, „Das Hirtenmädchen von Lourdes", Schauspiel in 5 Aufzügen von Dr. Robert Weißenhofer verherrlichte die Entdeckung der wundertätigen Quelle in Lourdes durch ein Hirtenmädchen und bot an Darstellung und Ausstattung Herrliches. In demselben wirkten 30 Personen mit, die zum Teil schwierige Rollen zu bewältigen hatten. Wir erwähnen die am meisten beschäftigten: das schlichte, fromme Hirtenmädchen Bernadette (Frl. Viktoria Nendza), die ihre Aufgabe gut auffaßte und hervorragend erledigte, Frl. M. Elsner war ihre gute Mutter. Die Fürstin Eleonore von Wallheim lag in Händen der Komtesse Cara von Oppersdorf, die den Ton der hochmütigen, strengen, ungläubigen und gegen ihre frommen Kinder und Untergebenen ungerechten Mutter und Vorgesetzten treffend fand, wie sie zum Schluß auch die Gefühle der demütig Bekehrten und Kämpferin für den Glauben hoheitsvoll wiedergab. Das blinde und von ihrer — vorgenannten — Mutter deshalb schnöde behandelte Töchterchen Sophie wurde von Komtesse Mia Schaffgotsch einfach hinreißend gespielt, während Anne-Marie Hoffmann das liebende Schwesterlein gab, welches in dem unsäglichen Leid die unzertrennliche Gefährtin blieb und diese Gefühle mit rührender Hingabe zum Ausdruck brachte; das gleiche können wir von Frl. Melzer sagen, die die Gouvernannte und Beschützerin der beiden Schwestern gab. Die resolute Schloßmeierin, die infolge ihres feschen munteren Spiels viel Heiterkeit erweckte, ward von Frl. Cogho mit Virtuosität gegeben. Die Stadtpräfektin von Lourdes (Komtesse Maria Pilati), eine Dame, die betr. Glauben, genau denselben Standpunkt, wie die oben erwähnte Fürstin von Wallheim vertrat, schlug in Ton und Gefühlswallung in die Art dieser Fürstin, um dann als reuig Bekehrte den Bekennern des Glaubens, einer Prozession, die zur Grotte kam, Raum zu gewähren. Die „weiße Dame", Marias Erscheinung in der Grotte (Frl. Gertrud Hoffmann) wirkte wie ein herrliches Gemälde. Die übrigen kleinen Rollen fügten sich treffend ins Gesamtbild und trugen zur Abrundung der glänzenden Aufführung bei. Die Szenerien, wie auch die Ausstattungen waren aufs Glücklichste getroffen und gaben der Aufführung die weihevollste Stimmung. Die Leiterinnen der Aufführungen, Frl. Gertrud Schickhelm und Frl. Wiebecke bekundeten mit diesem Abend großes Geschick und guten Geschmack. Die Engelsszene vor der Grotte und die Prozession waren von hehrem Glauben getragen, wie der ganze Abend ein Bekenntnis reinen Gottesglaubens in sich trug. — Die Aufführungen werden heute wiederholt.

* **Die Gastwirte haben beschlossen**, für alle Reklameplakate eine Gebühr von 20 Mark zu erheben. Für Aushängen von Zetteln und Plakaten (größeren Schaustellungen, Zirkus usw.) 10 Mark; für kleinere Veranstaltungen 5 Mk. — Vereinszimmer bis zu 30 Personen sollen künftig für jede Sitzung 4 Mark, bis 70 Personen 8 Mark kosten, größere Räume kosten nach Vereinbarung. Diese Preise werden bei Wegfall der Heizung auf die Hälfte herabgesetzt. — Vom 13. d. Mts. ab kostet helles Bier 50, dunkles 70 Pfennig. — Die Ausspannung kostet von jetzt ab pro Pferd 50 Pfennig bei Tage, 1 Mark für die Nacht.

* **Ganze Arbeit.** Die Bergleute im Waldenburger Revier haben eine Aufbesserung ihrer sämtlichen Bezüge, natürlich rückwirkend vom 1. Januar, für alle Beschäftigten um 100 Prozent, also das doppelte der bisherigen, für erforderlich erklärt. Dazu kommen, um das Maß voll zu machen, die Erhöhung des Krankengeldes, der Invaliden- und Witwenpension und für jeden Beschäftigten eine Beschaffungsbeihilfe von nur 1000 Mark und für jedes Kind noch 200 Mark mehr.

Herischdorf.

1. Am Mittwoch, den 14. d. Mts., von 8—12 Uhr, findet die Ausgabe von

Kartoffeln

statt.

2. Zur Streckung der Kartoffeln gibt die Gemeinde täglich

gedörrte Mohrrüben,

pro Pfund 1,50 Mk., ab.

3. **Der Verkauf von Aepfeln**

wird täglich fortgesetzt.

4. Wir haben dem Kohlenhändler Herrn Scharf

einen Waggon Kohle

zugewiesen, welchen er am Montag, den 13. d. Mts. ausgeben wird. Ortseingesessene, die an Kohlenmangel leiden, können bei demselben je 1 Zentner gegen Kohlenkarten abholen.

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Mark.

Bei der nachstehenden Tabelle bedeutet Brief = angeboten und Geld = gesucht. Die Valuta steht jetzt für je 100 Gulden (G), 100 Kronen (Kr.) bezw. 100 Frank (Fr.):

Börsenplätze	9. 1. Geld	9. 1. Brief	8. 1. Geld	8. 1. Brief	7. 1. Geld	7. 1. Brief
Amsterdam G	1928½	1926½	1899½	1902½	1863½	1866½
Kopenhagen Kr.	925¼	925¾	924¼	925¾	916¾	918¾
Stockholm Kr.	1079¼	1080¾	1064¼	1066¾	1044¼	1045¾
Christiania Kr.	1009¼	1010¾	1094¼	1095¾	994¼	996¾
Bern Fr.	904¼	905¾	894¼	895¾	879¼	880¾

Im Frieden kosteten im Durchschnitt 100 holländische Gulden 170 Mark, 100 dänische, schwedische bezw. norwegische Kronen 112 Mark und 100 Frank rund 80 Mark, von kleinen Kursschwankungen natürlich abgesehen.

✱ **Berliner Produktenbörse.** Amtlich notierte Preise der Berliner Produktenbörse am 9. Januar: Hafer für 1000 Kilogramm loko 2530—2550 Mark ab Speicher frei Wagen, 2540 Mark ab Bahn, auf sofortige Abladung ab Station 2520—2540 Mark. — Tendenz fest.

Nichtamtlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Erbsen, Viktoriaerbsen 360—420 Mark, gelbe und grüne Erbsen 260—390 Mark, Bohnen, weiße inländische 380—420 Mark, Peluschken 165—178 Mark, Pferdebohnen 187—200 Mark, Wicken 120—150 Mark, Lupinen gelbe 63—66, blaue 60—63 Mark. Seradelle 110—120 Mark, Wiesenheu, lose, 40—43 Mark, Stroh, drahtgepreßt 21—22½ Mark, gebündelt 17½—19½ Mark, Runkelrüben 5¾—6½ Mark, je nach Abladestation, Kohlrüben, gelbe 6¼—6¾ Mark, weiße 5—5¼ Mark, Möhren, rote 9½—10 Mark.

✱ **Zur Ernährungskrisis.** Die dem Aufsichtsrat der Reichsgetreidestelle angehörigen Vertreter der deutschen Städte haben beim Vorsitzenden des Aufsichtsrats beantragt, letzteren schleunigst einzuberufen, um über den Vorrat und die Zufuhr der Reichsgetreidestelle im einzelnen unterrichtet zu werden. Die deutschen Städte erachten die bisher abgegebenen Erklärungen nicht als ausreichend, um Sicherheit in der Mehlversorgung auch nur für die nächste Zukunft zu bieten, und halten es für ihre Pflicht, sich davon zu überzeugen, ob die Eingänge in der Reichsgetreidestelle sich entscheidend heben. Bisher liegt dafür ein Anzeichen nicht vor.

Die neuen Steuervorlagen.

Ergänzungs-, Körperschafts- und Aufwandssteuer

Die schon länger angekündigten weiteren Steuervorlagen sind dem Reichsrat jetzt zugegangen. Diese neuen Entwürfe bezwecken die Reichseinkommensteuer durch Hinzufügung von solchen Steuergebieten zu vervollständigen, die mit ihr in enger Verbindung stehen und in der Hauptsache auch schon jetzt der steuerlichen Erfassung unterliegen. So tritt das Ergänzungssteuergesetz an die Stelle des Besitzsteuergesetzes, durch das bekanntlich der Vermögenszuwachs aus den Jahren 1917, 1918 und 1919 erfaßt werden soll, kann daher auch erst nach dem Jahreseinkommen von 1920, also nicht früher als im Rechnungsjahre 1921 zur Anwendung kommen. Die zweite Vorlage führt den Titel „Körperschaftssteuergesetz" und dehnt die Einkommensteuer, von der zunächst nur die natürlichen Personen betroffen wurden, auf die juristischen Personen des öffentlichen und des bürgerlichen Rechts, auf Anstalten, Stiftungen und anderen Zweckvermögen aus. Die Ergänzungssteuer stellt eine Sonderbelastung des Vermögensbestandes neben dem Einkommen dar, greift aber über dieses Ziel insoweit hinaus, als sie nicht nur den Teil des Einkommens, der nicht verbraucht worden ist, sondern auch Einkünfte besteuert, die gar nicht mehr vorhanden sind, weil sie vom Steuerpflichtigen verbraucht wurden. Die Besteuerung des Aufwandes, falls er über bestimmte, im Gesetz in Umrissen vorgezeichnete Bedarfsgrenzen hinausreicht, soll die steuerliche Gegenseite zur Belastung der Ersparnisse in Form von Einkommensüberschüssen bilden. Die Besteuerung des nicht verbrauchten Vermögens erfolgt durch Ermittlung des Unterschiedes in der Höhe des Reinvermögens am Anfang und Ende des Zeitraums, auf den die Einkommensteuer veranlagt ist. Von diesem Überschuß, wenn ein solcher sich nachweisen läßt, sollen tausend Mark für den Steuerzahler und einige hundert Mark für seine Familienangehörigen freigestellt bleiben, bei den hiernach folgenden ersten 10000 Mark setzt die Steuer mit ein Prozent ein, hebt sich aber nach Maßgabe der nachweisbaren Einnahmeüberschüsse. Der Steuersatz entspricht den Hinweisen Erzbergers, daß der Aufwand dreimal so hoch besteuert werden soll als die Ersparnisse, denn die Aufwandssteuer setzt mit drei Prozent für die ersten 10000 Mark ein.

Die Aufwandssteuer hat ihren wesentlichsten Punkt in der Bestimmung über die Höhe des zulässigen Aufwandes. Dieser wird auf 15 000 Mark angesetzt, steigt aber um 5000 Mark für die erste zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende Person und um 2500 Mark für jede weitere Person. Hiernach würden die Lebenshaltungskosten der höheren Steuerklassen durchaus von der Aufwandssteuer getroffen werden. 10 % des Einkommens sollen indes in jedem Fall als ordentlicher Verbrauch gelten und demgemäß von der Steuerrute verschont bleiben. Im Gesetz sind Beträge vorgesehen, die von der Steuer freibleiben sollen, weil sie zu Deckung unvermeidbarer Mehrausgaben aufgewendet worden sind.

Nah und Fern.

o **Privatflugzeuge für Staatsbehörden.** Das Reichsluftamt hat die Absicht, private Flugzeuge in großem Umfange in den Dienst des staatlichen Verkehrs zu stellen. Es hat bereits die Luftverkehrsfirmen aufgefordert, ihre Preisbedingungen für Inanspruchnahme der Fahrzeuge im Staatsdienst bekanntzugeben.

o **„Bafusia."** Frühere Auslandslehrer haben einen „Bund aller Freunde unserer Schulen im Auslande" gegründet. Der Bund bezweckt Aufklärung über den Wiederaufbau des zerstörten deutschen Schulwesens im Auslande. Das ist sehr löblich! Daß sich der Bund aber nach den Anfangsbuchstaben seines allerdings etwas langen Namens „Bafusia" nennt, ist minder schön, wenn auch hochmodern!

o **Ein achtjähriges Schachgenie,** der Knabe Samuel Rzeszewski, gab in Berlin eine sog. Simultan-Vorstellung. Er spielte gleichzeitig gegen 22 Spieler und gewann 18 Partien; vier endeten mit Remis. Demnächst reist Samuel Rzeszewski nach Paris und von Frankreich aus nach den Vereinigten Staaten von Amerika. Bedeutende Schachmeister sind starr über das verblüffende Talent des Knaben, der allerdings, wie gewöhnlich in solchen Fällen, körperlich und geistig in kurzer Zeit zugrunde gerichtet werden dürfte, wenn der Ausmünzung seiner Veranlagung nicht Einhalt getan wird.

o **Die Ausplünderung des Schießplatzes Jüterbog** hat nach den letzten Mitteilungen riesige Maßstäbe angenommen. So soll es Tatsache sein, daß dortselbst täglich für etwa 40000 Mark Geschoßmetall von Unbefugten herausgeholt wird. Diese Fortnahme von Staatseigentum geschieht nach Schilderungen am hellen Tage in aller Öffentlichkeit. Die Leute rücken mit Pferd und Wagen an und nehmen alles mit, was sie an Metall vorfinden. Selbst Tausende von Eisenbahnwaggons, die auf den Geleisen der Militärbahn stehen, sind nicht sicher und werden buchstäblich ausgeplündert. Auf diese Art sollen im Laufe der Zeit dem Reiche nicht zu übersehende Millionenverluste zugefügt worden sein. Die Kommandantur Jüterbog teilt mit, daß die Klagen über das Fortschleppen von Geschoßmaterial alt sind. Am Mittwoch, den 7. Januar, seien allein bei Haussuchungen in Luckenwalde über 12000 Zentner Geschoßmaterial zutage gefördert worden. Auch die Eisenbahndirektion Berlin erklärt, gleich der Kommandantur Jüterbog, daß sie der Beraubung der 3000 Personen- und Güterwagen, die reparaturbedürftig sind und auf der ganzen Strecke der Militärbahn Jüterbog—Zossen—Marienfelde stehen, vollkommen machtlos gegenübersteht. Wie lange sollen diese unglaublichen Zustände andauern?

o **Folgenschwere Explosion.** Im Hause des Besitzers Rettig in Groß-Rudlanken bei Labiau erlitten infolge der Explosion einer Petroleumlampe drei Kinder im Alter von 3 bis 10 Jahren derartige Brandwunden, daß sie bald darauf starben.

o **Der Gendarm als Raubmörder.** Wie aus Tilsit gemeldet wird, hat dort der Hilfsgendarm Gransgruber den Fleischermeister Kryszehn durch Revolverschüsse getötet und ihm sein Geld in Höhe von 10 000 Mark geraubt. Der Mörder ist spurlos verschwunden.

⊙ **Telegraphenlinie nach dem nördlichen Eismeer.** Eine von der finnischen Regierung ausgesandte Expedition ist auf dem Wege nach Petschenga im nördlichen Eismeer, um von dort eine Telegraphenlinie durch das bisher so gut wie unerschlossene nördlichste Finnland zu legen.

⊙ **Ein Auferstandener.** Der russische Großfürst Michael Alexandrowitsch, der von den Bolschewisten ermordet worden sein sollte, ist nach russischen Zeitungsmeldungen am Leben. Die russischen Monarchisten kennen seinen Aufenthaltsort, wollen ihn aber aus naheliegenden Gründen nicht verraten.

⊙ **Weiteres vom Erdbeben in Mexiko.** Die letzten Nachrichten aus Mexiko besagen, daß in der Provinz Veracruz ein Dutzend Städte und Dörfer durch das Erdbeben ganz oder teilweise zerstört wurde. Die Stadt Calcahulco (?) sei in einem Abgrund verschwunden; von dem ganzen Orte sei nichts übriggeblieben als eine mit Trümmern angefüllte Grube.

Bunte Tages-Chronik.

Berlin. Durch die Explosion eines Benzintanks wurden hier auf dem Gelände des Proviantamts fünf Personen schwer und zwei Personen leicht verletzt.

Hamburg. Im ganzen Gebiet der Nordsee tobt ein schwerer Südweststurm. Kein Schiff kann auslaufen, der gesamte Verkehr stockt.

Briefkasten.

Auf Ihre Anfrage betr. Diebstahl im Langen Hause zur Nachricht, daß wir von diesem vollkommen unterrichtet waren, den Tatbestand aber nicht brachten, um den polizeilichen Ermittelungen nicht vorzugreifen bzw. diese nicht zu stören.

Bekanntmachungen.

1. **Zwangsinnung für das Schuhmacherhandwerk.**

Die Liste derjenigen, die an der Abstimmung über die Errichtung der Zwangsinnung teilgenommen haben, liegt gemäß Ziffer 100 Abs. 1 der Ausfuhr-Anweisung zur Generalverordnung vom 1. 5. 1904 in der Zeit vom 13.—26. Januar 1920 während der Vormittagsdienststunden im Gemeindeamt öffentlich aus.

2. **Landwirte und Viehhalter**

lade ich hiermit in dringenden Milch-, Butter-, Brot- pp. Versorgungsangelegenheiten zu einer Besprechung auf Dienstag, den 13. d. Mts., nachmittags 6 Uhr in den Gemeinde-Vertreter-Sitzungssaal ein.

3. **Monatliche Kassenrevision.**

Da der 18. Januar auf einen Sonntag fällt, bleiben die Gemeindekasse und die Gemeindesparkasse am 17. d. Mts., bis 10 Uhr vormittags geschlossen.

4. **Gewerbliche Arbeiter**

mit ausländischer Staatsangehörigkeit werden zur Beantragung neuer Ausweiskarten aufgefordert, innerhalb der nächsten 5 Tage, zwischen 5—6 Uhr nachmittags mit ihren bisherigen Legitimations- und Heimatspapieren im Gemeindeamt, I. Stock, Zimmer 5, zu erscheinen. 2 Mark für Gebühren sind mitzubringen.

5. **Aepfelverkauf**

bei den Vorkosthändlern Aßmann, Heilmann und Pantke wird täglich fortgesetzt.

Gute, ausgelesene Ware	1,00	Mk.	das Pfund
mittlere „	0,90	„	„ „
Mußware „	0,70	„	„ „

6. **Kohlenversorgung.**

Zu den bekannten Bedingungen wird Donnerstag, den 15. d. Mts., ein Verkauf auf Abschnitt Nr. 69 der Kohlenkarte abgehalten und zwar:

Haushaltungskarte	901—1200	von 8—9 Uhr
	601—900	„ 9—10 „
	301—600	„ 10—11 „
	1—300	„ 11—12 „
	1201—Ende u. Gutsbezirk	„ 12—12½

Die Zeiten sind pünktlichst innezuhalten.

7. **Holzverkauf.**

für Haushaltungen 301—600 am Donnerstag nachmittags 3—5 Uhr im Gemeindeamt. Preis 8 Mark für ¼ Raummeter.

Warmbrunn, den 12. Januar 1920.

Der Gemeindevorstand.
Neugebauer.

Der Unterricht in der katholischen Schule beginnt am 21. Januar

Warmbrunn, den 12. Januar 1920.

Der Kathol. Schulvorstand.

Kriegsanleihe in jeder Höhe kauft gegen bar **Hans Hinderer**, Breslau V. Schweidnitzer Stadtgraben 16. Telephon 6399.

Stempel
Gummi-, Metall- und Faksimile-Stempel
für Behörden, Kaufleute u. Private
besorgt schnellstens zu Katalogpreisen
P. Fleischer's
Buchdruckerei, Warmbrunn.
Invalidenmarkenstempel, Stempelkissen und Stempelfarbe vorrätig.

Der Beginn des Unterrichts in der evangelischen Schule muß wegen Kohlenmangels bis auf weiteres verschoben werden.

Ilmer, Rektor.

Große freiw. Möbel-Versteigerung.

Mittwoch, d. 14. Januar, vormittag 10 Uhr u. nachmittags sollen in **Warmbrunn**, im **Gasthaus „Zur deutschen Flotte“, Hospitalstraße 3,** wegen Auflösung des Haushalts, gut erhaltene Möbel und zwar:

Sofa, 2 Sessel, Chaiselongues, Kleider- und Speiseschränke, Kommoden, Polsterbänke, Liegestuhl, Bettstelle mit Matratzen, Wasch-, Nacht- und Ausziehtische, Notenständer, Trummeaux, Rohrstühle, Kleiderständer, Schreibtisch, Fleischmaschine, Tisch- und Hängelampen, Figur (Hubertus), Bilder, Ampel, 4-flammiger Petroleumkocher, eichene Waschwanne, Haus- und Küchengeräte u. v. a. m. meistbietend versteigert werden. Besichtigung ½ Stunde vorher.

Josef Tost,
beeid. sachverständiger Taxator, Versteigerer für Stadt Aeußere Burgstraße 3. u. Kreis Hirschberg. Telefon 446.

Stenographenverein „Stolze-Schrey“ Warmbrunn-Herischdorf.

Die Mitglieder werden dringend ersucht,

am Uebungsabend Mittwoch, den 14. d. Mts. vollzählig zu erscheinen, da an demselben die Vorlagen zum **Preisschönschreiben** an die bisher nicht Erschienenen ausgegeben werden. Auch werden die Bedingungen für das **Preiswettschreiben** nochmals bekanntgemacht und die **Einlaßkarten z. Stiftungsfest** ausgegeben

Der Vorstand.

Schw. Lackledertaschen verloren

auf dem Wege Giersdorferstraße bis Welbrichsbergstraße. Enthaltend **Geldtäschchen m. 450 Mk. u. Schlüssel.**

Gegen hohe Belohnung abzugeben in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Eine weißscheckige

Henne

über den Zaun geflogen

Bitte abzugeben bei **Frau Stein**, Tannenberg 1.

Möbl. Zimmer

mit Heizung und Beleuchtung, eventuell mit 2 Betten, **sofort zu vermieten.**

Warmbrunn, Heinrichstr. 151

Zu kaufen gesucht:

Lederne, guterhaltene

Schultasche

(Tornister), kann bis Ostern in Gebrauch bleiben und

Linoleum- o. Zellstofteppich

3×4 Meter.

Angebote unter **„Z. 100“** an die Geschäftsst. d. Zeitung.

---

ff. Weisskraut Porree

empfiehlt

Johannes Kluge,
Rechengarten,
Fernsprecher 208.

Wohnung

von 3 Zimmern und Küche von kinderlosem Ehepaar in Warmbrunn oder anschließenden Ortschaften sofort oder später **gesucht.**

Angeb. unter **„Wohnung“** an die Geschäftsst. d. Zeitung.

Erhöhung des Einkommens

durch Versicherung von Leibrente bei der

Preuss. Renten-Versicherungs-Anstalt.

Sofort beginnende gleichbleibende Rente für Männer: beim

Eintrittsalter (Jahre):	50	55	60	65	70	75
jährlich % der Einlage	7,248	8,244	9,612	11,496	14,196	18,120

Bei längerem **Aufschub** der Rentenzahlung wesentlich höhere Sätze.

Für Frauen besondere Tarife.

Vermögenswerte Ende 1918: 124 Millionen Mark.

Tarife und sonstige Auskunft durch **Hermann Jäschke** in **Warmbrunn**, Schlossplatz 3.

Der neue
Taschen-Winterfahrplan
vorrätig. 20 Pfennig.
Nachrichten und Tageblatt.

Nord-Schleswiger!

Eure Heimat ist in Gefahr!
Eure Landsleute rechnen auf Euch!
Kommt alle zur Abstimmung!

Die Abstimmung darüber, ob deutsches Land dänisch werden soll oder ob es „up ewig ungedeelt“ deutsch bleibt, steht nahe bevor

Jeder, der vor 1900 in den Gebieten der 1. und 2. Zone geboren ist und das 20. Lebensjahr vollendet hat, ist in seinem Geburtsort abstimmungsberechtigt. Wer im Ungewissen ist, ob sein Geburtsort in die Abstimmungszonen fällt, melde sich schleunigst!

Nord-Schleswiger! Steht treu zu Eurer Heimat!

Ihr habt freie Reise zu Eurem Geburtsort, nötigenfalls auch freie Unterkunft und Verpflegung daselbst. Darum meldet Euch **sofort** mit Euren Papieren zur Aufnahme in die Abstimmungsliste entweder beim Ausschuß für ein ungeteiltes Schleswig-Holstein, **Kiel, Muhlinsstraße 59,** oder beim Deutschen Ausschuß für das Herzogtum Schleswig in **Flensburg, Norderhofenden 20.**

---

muss Ihr Geschäft, wenn Sie nicht

ständig inserieren.

Schreiben Sie an die

Dursmusikke

Brieg, Bez. Breslau.

um Probenummer.

Einzige schlesische Dialekt-Zeitschrift.

7. Jahrgang. Vierteljährlich Mk. 1,50.